



■ Aus Berlin für Esslingen (CDU) ■

### Grübel: Familienpflegezeitgesetz

Der Deutsche Bundestag hat am 20. Oktober das Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf angenommen. Ziel des Gesetzes ist es, Erwerbstätigen zu ermöglichen, Angehörige zu pflegen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Markus Grübel MdB: „Als Seniorenpolitiker und Obmann im Familienausschuss habe ich mich für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eingesetzt. Mit diesem Gesetz haben wir eine bundesweite Regelung für erwerbstätige pflegende Angehörige gefunden.“ Die Familienpflegezeit sieht vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren bis zur Hälfte reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Haben sie beispielsweise ihr berufliches Engagement auf 50 Prozent reduziert, erhalten sie trotzdem weiterhin 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, muss eine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen. Das Modell der Familienpflegezeit soll es pflegenden Angehörigen ermöglichen, trotz Ausübung der Pflege, die Rentenansprüche etwa auf dem Niveau der Vollzeitbeschäftigung zu erhalten.

Markus Grübel, Obmann im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Markus Grübel, Obmann im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

■ Freie Wähler Esslingen ■

### Wechsel im Esslinger Gemeinderat

Der langjährige Gemeinderat Friedrich Rapp war fast 15 Jahre für die Freien Wähler im Esslinger Gemeinderat kommunalpolitisch aktiv. Frieder Rapp war und ist ein geradliniger Kommunalpolitiker, der nicht zuletzt durch seine klaren Worte in der Fraktion und im Gemeinderat gewirkt hat. Neben den vielfältigen Themen im Technischen Ausschuss hat er sich auch im Bereich Soziales mit viel Erfahrung und Sachverstand eingebracht. Für die Freien Wähler



Friedrich Rapp, Freier Wähler

war Friedrich Rapp ein zuverlässiger und engagierter Fraktionskollege, der durch seine Tätigkeit als Weingärtner und durch den Obst- und Gemüsehandel am Kronenhof bei der Bevölkerung präsent war und ist. Die Wünsche und Meinungen der Esslinger Bevölkerung hat er aus erster Hand erfahren. Als Kreisrat wird er die Freien Wähler im Kreistag weiterhin engagiert vertreten.

■ Aus Berlin für Esslingen (SPD) ■

### Kinderarbeit ist ein Verbrechen.

Karin Roth hat in ihrer Rede letzte Woche im Bundestag konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarbeit gefordert. Weltweit arbeiten 215 Millionen Kinder Tag für Tag. In Indien und Bangladesch ist die Lage besonders schlimm. Karin Roth: "Kinderarbeit ist ein Verbrechen." Die Hauptursache für Kinderarbeit ist Armut. Die Not lässt Familien oft keine andere Wahl. Ihre Kinder müssen mitverdienen, um die Existenz zu sichern, anstatt zur Schule zu gehen. Damit beginnt ein Teufels-

kreis: Ohne Ausbildung bekommen sie später keine bessere Arbeit und bleiben in der Armut. Für Mädchen gilt dies besonders. Um die Armut zu bekämpfen, muss die wirtschaftliche Situation der Familien verbessert werden. Die SPD fordert, dass das Verbot von Kinderarbeit verbindlich in den europäischen Handelsabkommen festgeschrieben wird. Außerdem soll die Bundesregierung Vorschläge auf den Tisch legen, damit soziale Mindeststandards bei der öffentlichen Vergabe angewendet werden. Karin Roth will zudem mehr Transparenz über die bei uns verkauften Waren, damit die Verbraucher wissen, ob ein Produkt in Kinderarbeit hergestellt wird. Wer unsicher ist, kann zum Beispiel im Weltladen in Esslingen einkaufen. Dort werden ausschließlich fair gehandelte Produkte verkauft. [www.karin-roth.de](http://www.karin-roth.de)



Karin Roth fordert Schulbildung anstatt Kinderarbeit.

■ SPD Esslingen ■

### Drexler: Schulsozialarbeit wichtig

Wolfgang Drexler, Landtagsabgeordneter und Vizepräsident des Landtags, freut sich darüber, dass die Landesregierung den vereinbarten Wiedereinstieg in die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit angeht. „Es ist höchste Zeit, dass die Bemühungen der Stadt Esslingen in diesem wichtigen Bereich Unterstützung finden“, so Drexler. „Nachdem wir jahrelang mit entsprechenden Forderungen bei der alten Landesregierung gescheitert sind, wird die Schulsozialarbeit endlich angemessen durch das Land gefördert.“ Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Schülerinnen und Schülern kann wertvolle Hilfe angeboten werden, unter anderem bei häuslichen Problemen, bei der Integration und bei Gewaltprävention. Das Land wird ein Drittel der Schulsozialarbeit mitfinanzieren, dies bringt der Stadt Esslingen eine erhebliche Entlastung. Auch in Gesprächen mit Bildungspolitikern vor Ort wird die Wichtigkeit dieser Maßnahme deutlich. Wolfgang Drexler: „Ich freue mich, dass die neue Landesregierung die jahrelange Forderung so zügig umsetzt. An erster Stelle profitieren die Schülerinnen und Schüler von diesen Maßnahmen. Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg hin zu einem gerechteren Bildungssystem, in dem alle Schülerinnen und Schüler mitgenommen werden können.“



Wolfgang Drexler: Wiedereinstieg in Schulsozialarbeit ist wichtig für Esslingen

■ FDP Esslingen ■

### Skudelny (FDP): Absage an Eurobonds

Die Schulden der Stadt Esslingen werden im Jahr 2012 voraussichtlich von 58 auf 62 Mio. Euro steigen. Die FDP-Patenabgeordnete für den Wahlkreis Esslingen Judith Skudelny fordert daher ein klares Bekenntnis der Esslinger SPD gegen die Einführung von Eurobonds. „SPD, Linke und Grüne sprechen sich im Bund für Eurobonds aus, verschweigen vor Ort aber gerne die Konsequenzen für die kommunalen Haushalte. Denn nicht nur im Bund steigen dann die Zinsen für Kredite, sondern auch auf lokaler Ebene, so Skudelny. Selbst die Eurobonds-Befürworter rechnen mit höheren Zinsen für Bund, Länder und Kommunen. Das ifo-Institut kalkuliert mit ca. 1,5% höheren Zinsen. „Eurobonds würden Esslingen Unsummen kosten und das ist Gift für den Haushalt der Stadt Esslingen“, folgert Skudelny und rechnet vor: „Bei einem Schuldenstand von 62 Mio. würden Eurobonds Esslingen 930.000 Euro an zusätzlichen Zinsen kosten. Das entspricht mehr als den geplanten Ausgaben für neue Straßenbeläge. Während die SPD-Bundestags-



Judith Skudelny (FDP)

abgeordnete aus dem Wahlkreis Esslingen durch den Landkreis zieht und für Eurobonds wirbt, sollte sie lieber Vorschläge machen, wie auf lokaler Ebene dieses Mehr

an Kosten aufzufangen ist. Oberbürgermeister Zieger sollte seine Bundestagsabgeordnete einfangen und auf die Konsequenzen für Esslingen hinweisen“, fordert Skudelny.

■ CDU Esslingen ■

### Nein zum Kündigungsgesetz!

Die Vertreter des lokalen Bündnisses der Stuttgart-21-Befürworter „ES für Stuttgart 21“ und der Koordinator der landesweiten Kampagne, ProStuttgart21 e.V. haben die ersten Plakate der landesweiten Kampagne aufgestellt. Damit begann die flächendeckende Plakatierung in Baden-Württemberg. Für die landesweite Plakat-Aktion greift ProStuttgart21 auf ein breites Netz von lokalen Gruppen zurück. Im ganzen Land, über Parteigrenzen hinweg, haben sich engagierte Bündnisse gegründet, um für ein Nein beim Volksentscheid zu werben. Das lokale Bündnis im Kreis Esslingen setzt sich aus Vertretern der CDU, SPD, FDP und Freien Wählern zusammen. Für die CDU nahm der Landtagsabgeordnete Andreas Deuschle teil. Andreas Deuschle

MdL: „Zentraler Bestandteil der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die abkommende Woche in neuem Design gestaltete Homepage [www.prostuttgart21.de](http://www.prostuttgart21.de) und [www.fuers21-es.de](http://www.fuers21-es.de).“ Neben Downloads zur Kampagne können Bürger Buttons, Aufkleber und Pla-

kate bestellen. Darüber hinaus werden auf der Homepage auch noch zusätzliche Mitmachaktionen angeboten.



Beginn der Plakataktion "Für S 21"